

Friedlich in die neuen Zeiten

**Grundlagen zum IUFE Jahresschwerpunkt SDG 16, Working Paper,
September 2026**



Caroline Hungerländer
IUFE Geschäftsführerin

Friede, Resilienz und internationale Ordnung im 21. Jahrhundert

Friede ist das Gebot der Stunde. Gleichzeitig steht die Friedenssicherung vor Herausforderungen, für die viele ihrer traditionellen Konzepte nicht mehr ausreichen.

Lange war ein zentraler Ausgangspunkt der Friedensforschung die Erkenntnis: **Friede ist mehr als die Abwesenheit von Krieg.** Im 21. Jahrhundert müssen wir **beide Teile dieses Satzes neu betrachten: Was ist Krieg heute? Und was ist das Mehr, das Frieden heute ausmacht?**

Diese beiden Fragen bilden den Ausgangspunkt des IUFE-Jahresschwerpunkts zu SDG 16 – Friede, Zusammenhalt und starke Institutionen.

Historischer Kontext

Der Gedanke, Friede nicht auf die Abwesenheit von Krieg zu reduzieren, ist älter als die moderne Friedensforschung. Bereits Baruch Spinoza unterschied im 17. Jahrhundert zwischen einem Gemeinwesen, das tatsächlich in Frieden lebt, und einem Zustand, in dem Menschen lediglich durch Furcht davon abgehalten werden, sich aufzulehnen. Eine Ordnung, deren Stabilität auf Angst und Unterwerfung beruht, könne zwar ruhig sein, sei deshalb aber noch nicht friedlich. Spinozas Verständnis von Frieden war damit eng mit der **Freiheit** der Bürger verbunden.

Im 20. Jahrhundert wurde dieser Gedanke weiterentwickelt. Johan Galtung unterschied 1964 zwischen negativem Frieden, der Abwesenheit von Krieg und Gewalt, und positivem Frieden,

den er zunächst als gesellschaftliche Integration und Kooperation verstand. 1969 rückte er die Überwindung struktureller Gewalt und soziale Gerechtigkeit stärker in den Mittelpunkt. Damit wurde die Frage nach dem Mehr des Friedens wesentlich um die Dimension der **Gerechtigkeit** erweitert.

Heute stellt sich diese Frage unter veränderten Voraussetzungen erneut. Sicherheit und Gerechtigkeit bleiben zentrale Bedingungen einer friedlichen Gesellschaft. Zugleich muss die bürgerrechtliche Freiheit gegenüber dem Staat und gegenüber privaten Konzernen neu verhandelt und betont werden. Neue Instrumente für staatliche und private Kontrolle, Überwachung und Verhaltenssteuerung, sicherheitspolitische Reaktionen auf Terrorismus und hybride Bedrohungen sowie das Erstarken autokratischer Ordnungsmodelle verschärfen das Spannungsverhältnis zwischen Sicherheit und individueller Freiheit.

Ein zeitgemäßer Friedensbegriff muss **Sicherheit, Gerechtigkeit und Freiheit** als das „Mehr“ des Friedens zusammen neu denken.

1. Was ist Krieg heute?

Krieg und Konflikt verändern sich durch technologische Entwicklungen und neue Formen der Machtausübung.

Zum klassischen Einsatz militärischer Gewalt treten Drohnen, automatisierte und autonome Systeme, Künstliche Intelligenz, Cyberangriffe und die militärische Nutzung des Weltraums. Gleichzeitig verschwimmt die Grenze zwischen Krieg und Frieden. Hybride Einflussnahme, Desinformation, wirtschaftlicher Druck, die gezielte Instrumentalisierung von Migration oder Angriffe auf gesellschaftliches Vertrauen können Staaten und Gesellschaften destabilisieren, ohne dass ein klassischer Krieg erklärt wird.

Auch die Zahl und Art der Akteure verändern sich. Neben Staaten treten nichtstaatliche Akteure, digitale Plattformen, private Unternehmen und transnationale Netzwerke. Technologische Entwicklung verändert damit nicht nur die Mittel des Krieges, sondern auch die Logik von Konflikten. Friedenspolitik muss diese neuen Formen der Bedrohung verstehen, um ihnen wirksam begegnen zu können.

2. Was bedeutet das Mehr des Friedens heute?

Das Mehr des Friedens wurde im Laufe der Geschichte unterschiedlich bestimmt. Für das 21. Jahrhundert lässt es sich als Verbindung von Sicherheit, Gerechtigkeit und Freiheit fassen. Dieser Dreiklang ist kein abstraktes Leitbild. Er muss sich in konkreten politischen und gesellschaftlichen Handlungsfeldern bewähren.

Der IUFE-Jahresschwerpunkt richtet den Blick daher auf fünf Bereiche, in denen sich entscheidet, ob Frieden mehr bleibt als die bloße Abwesenheit offener Gewalt.

2.1 Freiheit als Bestandteil des Friedens

Eine Gesellschaft ist nicht allein deshalb friedlich, weil in ihr keine offene Gewalt herrscht. Frieden setzt voraus, dass Menschen frei von Angst, Willkür und unverhältnismäßiger Kontrolle leben können. Freiheit ist daher kein Gegenpol zur Sicherheit, sondern selbst ein Bestandteil des Friedens.

Im 21. Jahrhundert gewinnt diese Dimension neue Bedeutung. Digitale Überwachung, datenbasierte Verhaltenssteuerung und der Einsatz Künstlicher Intelligenz durch staatliche und private Akteure erweitern die Möglichkeiten gesellschaftlicher Kontrolle. Auch politische Ordnungsmodelle, die Stabilität über individuelle Rechte stellen, gewinnen international an Einfluss.

Moderne Friedenspolitik muss deshalb danach fragen, wie Sicherheit gewährleistet werden kann, ohne jene Freiheit einzuschränken, deren Schutz selbst Teil einer friedlichen demokratischen Ordnung ist. Dazu gehören persönliche Freiheit, Meinungs- und Religionsfreiheit, Privatsphäre, Rechtsstaatlichkeit und der Schutz vor staatlicher Willkür.

Leitfrage für den IUFE Jahresschwerpunkt: Wie können Sicherheit und gesellschaftliche Stabilität gewährleistet werden, ohne Freiheit und individuelle Rechte preiszugeben?

2.2 Gesellschaftlicher Zusammenhalt und demokratische Resilienz

Gesellschaften werden heterogener. Das ist nicht zwangsläufig konfliktfördernd. Wo jedoch gemeinsame Bezugspunkte, institutionelles Vertrauen und Möglichkeiten zur Verständigung schwinden, können Unterschiede leichter politisiert und von inneren oder äußeren Akteuren instrumentalisiert werden.

Politische Polarisierung, Desinformation und ausländische Einflussnahme belasten den sozialen Zusammenhalt und das Vertrauen in demokratische Institutionen. Die Widerstandsfähigkeit demokratischer Gesellschaften wird damit selbst zu einer Frage der Friedenspolitik.

Demokratische Resilienz darf dabei nicht mit Abschottung oder der Einschränkung legitimer Meinungsvielfalt verwechselt werden. Eine resiliente Gesellschaft hält Konflikte aus, trägt sie innerhalb gemeinsamer Regeln aus und bewahrt auch unter Druck Offenheit, Pluralismus und individuelle Freiheit.

Leitfrage für den IUFE Jahresschwerpunkt: Wie können unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen dauerhaft friedlich zusammenleben und demokratische Institutionen Vertrauen bewahren?

2.3 PeaceTech und neue Werkzeuge des Friedens

Technologie verändert nicht nur Konflikte. Sie schafft auch neue Möglichkeiten, Frieden zu sichern. PeaceTech kann dazu beitragen, Konflikte und gesellschaftliche Spannungen früher zu erkennen, Informationen zu verifizieren, Desinformation sichtbar zu machen, Dialog zu ermöglichen oder die Einhaltung von Vereinbarungen besser zu überprüfen.

Neue Forschungsfelder von Künstlicher Intelligenz bis zu Quantentechnologien eröffnen Möglichkeiten für Friedenssicherung, Verifikation und internationale Kooperation. Technologiediplomatie kann dazu beitragen, gemeinsame Regeln zu entwickeln, Risiken zu begrenzen und wissenschaftliche Zusammenarbeit auch unter schwierigen politischen Bedingungen aufrechtzuerhalten.

Zugleich stellt sich bei jeder neuen Technologie die Frage nach den Bedingungen ihres Einsatzes. Technologien, die Sicherheit erhöhen, können neue Möglichkeiten der Überwachung und Kontrolle schaffen. Friedensfördernde Technologie muss deshalb nicht nur an ihrer Wirksamkeit, sondern auch an ihrer Vereinbarkeit mit Freiheit, Menschenrechten und rechtsstaatlichen Prinzipien gemessen werden.

Leitfrage für den IUFE Jahresschwerpunkt: Wie können wir technologische Innovation gezielt für den Frieden einsetzen und zugleich freiheitliche Grenzen ihres Einsatzes sichern?

2.4 Eine freiheitliche internationale Friedensordnung

Frieden hängt nicht allein davon ab, unmittelbare Gewalt zu verhindern. Er braucht Regeln, Institutionen und eine internationale Ordnung, innerhalb derer Konflikte begrenzt und gelöst werden können.

Diese Ordnung steht unter Druck. Internationale Institutionen und das Völkerrecht werden zunehmend selbst zum Austragungsort geopolitischer Auseinandersetzungen. Im Diskurs über ein autokratisches Völkerrecht stellt sich die Frage, wie autoritäre Staaten bestehende Rechtsbegriffe, Institutionen und internationale Normen für eigene Ordnungsvorstellungen nutzen oder umzudeuten versuchen.

Eine regelbasierte Ordnung ist allerdings nur dann glaubwürdig, wenn sie nicht allein Stabilität verspricht, sondern auch Freiheit, Menschenrechte und die Souveränität von Staaten schützt. Moderne Friedenssicherung muss deshalb internationale Institutionen stärken und zugleich verhindern, dass ihre Regeln zur Legitimation autoritärer Machtpolitik umgeformt werden.

Leitfrage für den IUFE Jahresschwerpunkt: Wie kann eine freiheitliche und regelbasierte internationale Ordnung unter veränderten geopolitischen Bedingungen bestehen und weiterentwickelt werden?

2.5 Ökologische Lebensgrundlagen und Ressourcenkonflikte

Umweltzerstörung, Wasserknappheit, der Verlust landwirtschaftlich nutzbarer Flächen und der Wettbewerb um strategische Ressourcen können bestehende Konflikte verschärfen, wirtschaftliche und soziale Spannungen verstärken und Menschen zur Abwanderung zwingen. Umwelt- und Klimaveränderungen wirken dabei selten als alleinige Konfliktursache. Sie können jedoch bestehende politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Bruchlinien vertiefen.

Zugleich verursachen Kriege selbst erhebliche Umweltfolgen: Böden und Grundwasser werden kontaminiert, Industrieanlagen und Infrastruktur zerstört, Ökosysteme geschädigt

und große Mengen an Trümmern, Schadstoffen und Munitionsresten hinterlassen. Diese Folgen erschweren Wiederaufbau und Rückkehr oft noch lange nach dem Ende der Kampfhandlungen.

Friedenspolitik muss deshalb die nachhaltige und faire Nutzung natürlicher Ressourcen, Verfahren für grenzüberschreitenden Ausgleich sowie den Schutz und die Wiederherstellung ökologischer Lebensgrundlagen einbeziehen. Umweltkooperation kann selbst dort Räume für Zusammenarbeit öffnen, wo politische Beziehungen belastet sind.

Leitfrage für den IUFE Jahresschwerpunkt: Wie können ökologische Lebensgrundlagen geschützt, Ressourcenkonflikte begrenzt und die Umweltfolgen von Kriegen in Friedensprozessen berücksichtigt werden?

3. Die Klammer des Jahresschwerpunkts

Der IUFE-Jahresschwerpunkt Friedlich in die neuen Zeiten verbindet die Analyse neuer Konflikte mit einem erweiterten Verständnis des Friedens. Im Mittelpunkt stehen fünf Perspektiven:

Freiheit und individuelle Rechte. Frieden schützt Menschen nicht nur vor Gewalt, sondern auch vor Angst, Willkür und unverhältnismäßiger Kontrolle.

Resiliente Gesellschaften. Demokratische Institutionen, gesellschaftlicher Zusammenhalt und Vertrauen müssen gegenüber Polarisierung und hybriden Bedrohungen gestärkt werden, ohne Freiheit und Pluralismus einzuschränken.

Neue Werkzeuge des Friedens. PeaceTech, Künstliche Intelligenz, Quantentechnologien und Technologiediplomatie sollen für Konfliktprävention und Friedenssicherung nutzbar gemacht und rechtsstaatlich begrenzt werden.

Internationale Friedensordnung. Völkerrecht, internationale Institutionen und Kooperation müssen unter veränderten geopolitischen Bedingungen eine freiheitliche und regelbasierte Ordnung sichern.

Ökologische Grundlagen des Friedens. Ressourcenkonflikte, Umweltfolgen von Kriegen und der Schutz gemeinsamer Lebensgrundlagen gehören in ein zeitgemäßes Verständnis von Friedenssicherung.

SDG 16 wird damit nicht nur als Auftrag verstanden, Gewalt zu verhindern. Frieden im 21. Jahrhundert verlangt resiliente Gesellschaften, neue Werkzeuge der Friedenssicherung, eine freiheitliche internationale Ordnung und den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Vor allem verlangt er die Bewahrung jener individuellen Freiheit, ohne die auch eine stabile Gesellschaft nicht wirklich friedlich ist.

Caroline Hungerländer
IUFE Geschäftsführerin



**Interesse
auf mehr?**



IUFE Aktuell
Immer informiert
bleiben.

